

# Protest gegen Baumfällungen

Worum geht es der Bürgerinitiative gegen das Neubaugebiet Lange Straße Nord wirklich?

Von Ulrich Krawutschke



Die Bürgerinitiative Lange Straße Nord in Schluttenbach hat am Sonntag gegen die Rodungen im Zuge des geplanten Neubaugebietes, aber auch gegen 200 „Neubürger“, 70 davon Asylsuchende, demonstriert. Foto: Brigitte Frietsch

**Ettlingen.** „Es geht uns um Dorfgerechtigkeit“, sagt Brigitte Frietsch aus Schluttenbach, die federführend in der Bürgerinitiative (BI) Lange Straße Nord im Stadtteil engagiert ist. Zusammen mit Bettina, Klaus Haßler und weiteren Mitgliedern will sie bei einem Protestmarsch am vergangenen Sonntag auf die Probleme mit der Stadt aufmerksam machen, die aus Sicht der BI bestehen.

Konkret geht es um das in Schluttenbach geplante Neubaugebiet an der Lange Straße. Ursprünglich war es als reines Wohngebiet auf 1,2 Hektar Fläche mit 38 Wohneinheiten geplant. Inzwischen

sei es, so Klaus Haßler, aber auf 1,7 Hektar angewachsen und soll rund 200 Bürgern Unterkunft bieten – darunter auch 70 Asylsuchenden. Die BI bemängelt die „fehlende offizielle Informationen“ hierüber vonseiten der Stadt und, dass „unangekündigt das Baugebiet über den dortigen Höhenweg hinausgehen soll“, so Frietsch.

Grundsätzlich habe die BI nichts gegen das Baugebiet, „aber in ortsgerechten Maßen“, so die drei Sprecher. 200 „Neubürger“ bei einer Einwohnerzahl von etwa 800 seien „ein Unding“, so die BI-Sprecher. Zentrales Motiv für den Protest der BI, die nach eigenen Angaben mittlerweile über 260 Mitglieder verfügt, sei der Umweltschutz. Denn der betroffene Bereich sei ein gesetzlich geschütztes Streuobstwiesenhabitat, das geschützten Arten wie der Zauneidechse und dem Neuntöter Lebensraum biete.

Bereits erfolgte Rodungen von Flächen in der Schutzzone und von Brombeerhecken durch eine örtliche Baumschule sieht die BI als illegal an und beruft sich dabei auf den Juristen Klaus Haßler. Dafür sei eine Umwandlungsgenehmigung erforderlich gewesen, die vom Landratsamt allerdings mit Auflagen erteilt wurde. Insbesondere sollten die Zauneidechsen geschützt, das heißt umgesiedelt werden. Die Tiere seien im Bereich Höhenweg und beim dortigen „Kleinen Holzhaus“ aktiv. Der Schutz sei auch im Umweltbericht von Modus Consult vom Dezember 2024 so gefordert worden.

Nachdem die Rodungen erfolgt seien, habe die BI am 30. Januar erneut das Landratsamt eingeschaltet. Dieses habe daraufhin mitgeteilt, dass die Stadt entsprechend informiert worden sei. Dennoch sei bis zum 7. Februar „alles zerstört worden“ so Haßler. Es sei ein weiterer Hinweis ans Landratsamt gefolgt, denn nach Ansicht der Initiative sei der Naturschutz nicht beachtet worden.

Dieses habe am 26. Februar mitgeteilt, dass Ausgleichsmaßnahmen nach CEF (continuous ecological functionality) in Ordnung und genehmigt seien. Die BI sieht die Stadt jedoch in der Pflicht, das Habitat außerhalb des Baugebiets wiederherzustellen, und beruft sich auf das Umweltschadengesetz über die Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden. Dieser Forderung wollte die Bürgerinitiative bei dem Protestmarsch Ausdruck verleihen. Zudem habe sie eine juristische Überprüfung der Planung über den Höhenweg hinaus durch ein Mannheimer Büro in Auftrag gegeben. Ob sie auch eine Anzeige gegen Unbekannt hinsichtlich einer Ordnungswidrigkeit oder Straftat bei den Rodungsarbeiten erstatten wollen, darüber debattierten die Mitglieder der Bürgerinitiative derzeit.

Oberbürgermeister Johannes Arnold rechtfertigte die früheren Arbeiten vor der BI mit betrieblichen Gründen. Der Betrieb habe vom Erschließungsträger den Endtermin 28. Februar vorgegeben bekommen. Ab April sollen die Maßnahmen zur Umsiedlung der Eidechsen im Plangebiet beginnen. „Um die Eidechsen nach Vorgabe der Artenschutzuntersuchungen absammeln zu können, muss die Fläche komplett abgemäht und ausgeräumt sein. Ansonsten wäre ein Fangen schlicht nicht möglich.“ Weiter betonte der OB: „Wir folgen damit dem vorgegebenen Vorgehen und den Genehmigungen aus den artenschutzrechtlichen Untersuchungen, fachlichen Vorgaben und den Auflagen der Unteren Naturschutzbehörde.“